

Zivilgesellschaftliches Statement zu den Ergebnissen der Klima-Enquete

Bremen braucht ein „Sofortprogramm Klimaschutz“

Im Dezember vergangenen Jahres hat die Enquetekommission zum Klimaschutz ihren Abschlussbericht vorgelegt, mit konkreten Klimazielen für Bremen und einem umfangreichen Maßnahmenkatalog.

Als Organisationen der Bremer Zivilgesellschaft begrüßen wir die dort beschlossenen ambitionierten Ziele, die ein klimaneutrales Bremen bis 2038 anstreben.

In den Empfehlungen finden sich zahlreiche Punkte wieder, die ein breites Bündnis von Bremer Verbänden und Initiativen Anfang 2021 in einem Schreiben an die Mitglieder der Enquetekommission gefordert hatte.

Mit Unterstützung ausgewiesener externer Fachleute konnte im Abschlussbericht parteiübergreifend eine weitgehende politische Einigkeit erzielt werden. Dieser starke klimapolitische Impuls muss nun im Zuge der Bürgerschaftsberatungen aufgenommen und als Startschuss für eine umfassende soziale und ökologische Transformation in Bremen begriffen werden. Dass die Reduzierung des Autoverkehrs als zentrales Ziel der Verkehrswende regierungsintern immer noch infrage steht, sehen die unterzeichnenden Organisationen dagegen äußerst kritisch.

Wir fordern die Landesregierung auf, jetzt die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen bereitzustellen und die Programme in Projekte mit detaillierten Zeit- und Ablaufplänen zu überführen. Wenn die Regierungskoalition ihre Glaubwürdigkeit in der Klimapolitik beweisen möchte, dann muss sie jetzt liefern und wesentliche Vorhaben im Rahmen eines „Bremer Sofortprogramm Klimaschutz“ noch in diesem Jahr realisieren.

Dazu gehören

- die Verabschiedung eines Landeswärmegesetzes und die Einführung einer kommunalen Wärmeplanung,
- die Umsetzung des Landesprogrammes Solar Cities,
- die konsequente Ausrichtung der öffentlichen Beschaffung (inkl. Essen in öffentlichen Kantinen, Fahrzeugflotten, öffentliche Gebäude, usw.) am Prinzip der Klimaneutralität und
- Initiativen zur Auflösung der regierungsinternen Blockaden in der Verkehrswende.

Dabei sollte die breite Umsetzung von Maßnahmen eingebettet werden in eine Kommunikationsstrategie, um die Bürgerinnen und Bürger bei den anstehenden Veränderungen mit einzubeziehen und den Blick auch auf die positiven Auswirkungen einer zukunftsgerichteten, klimagerechten Entwicklung zu lenken. Denn Klimaschutz ist ein Gebot globaler Gerechtigkeit und Solidarität – er bedeutet aber zugleich auch für die Menschen hier in Bremen einen Gewinn an Lebensqualität und Gesundheit, wenn man es richtig macht. Genau das muss die Landesregierung angesichts der zerstörerischen Erderhitzung vor allem: Machen.

Dieses Forderungspapier wird von 61 Organisationen der Bremer Zivilgesellschaft getragen (siehe Rückseite).

Unterzeichnende Organisationen:



Dieses Forderungspapier wurde vom Projekt „Bremen erneuerbar“ initiiert und gemeinsam mit dem KlimaNetzwerk Bremen erarbeitet. Weitere Informationen unter www.bremen-erneuerbar.de

Stand 21.02.2022